

## Antrag

**der Abgeordneten Birke Bull-Bischoff, Dr. Petra Sitte, Doris Achelwilm, Simone Barrientos, Matthias W. Birkwald, Anke Domscheit-Berg, Susanne Ferschl, Brigitte Freibold, Sylvia Gabelmann, Nicole Gohlke, Dr. Achim Kessler, Katja Kipping, Jutta Krellmann, Dr. Gesine Löttsch, Cornelia Möhring, Norbert Müller (Potsdam), Sören Pellmann, Jessica Tatti, Harald Weinberg, Katrin Werner, Sabine Zimmermann (Zwickau), Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Bildung in digitaler Gesellschaft dauerhaft und angemessen fördern**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Viele Schulen in Deutschland verfügen nicht über die notwendige digitale Infrastruktur, um zeitgemäß Bildung in einer digitalen Gesellschaft ermöglichen zu können – so die jüngste Forsa-Umfrage des Verbandes Bildung und Erziehung. Vielfach fehlt ein leistungsfähiger Internetanschluss ebenso wie Computer, Tablets oder andere digitale Lernmittel. Mehr als zwei Drittel der Lehrkräfte halten die Verbesserung digitaler Infrastruktur in den Schulen laut einer GEW-Mitgliederbefragung 2018 „Gebäudequalität von Bildungseinrichtungen“ für verbesserungsbedürftig. Auch an Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten mangelt es. Für eine reiche Industrienation wie Deutschland ist das ein Armutszeugnis.

Der Digitalpakt Schule kann nicht wesentlich dazu beitragen, diese Probleme zu lösen, damit sich junge Menschen sicher und medienmündig im digitalen Zeitalter bewegen können. Sein finanzieller Umfang ist zu gering, die Fokussierung auf schulische und berufsschulische Bildung greift zu kurz. Lebenslanges Lernen erfordert, auch die Erwachsenen- und Weiterbildung mit angemessener digitaler Infrastruktur auszustatten. Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe müssen vielfältige medienpädagogische Projekte gefördert werden – kontinuierlich und flächendeckend für verschiedene Altersgruppen. Das pädagogische Personal braucht Qualifikation und Fortbildung.

Bildung in digitaler Gesellschaft muss als Querschnittsaufgabe begriffen und gefördert werden. Bildungsforschung und Technikfolgenabschätzung sollen initiiert und gefördert werden, um Erfahrungen, Chancen und Risiken beim Lernen mit digitalisierten Umgebungen offenzulegen. Forschungen zur Medienbildung und Förderung von jungen Menschen, die vielfältigen Benachteiligungen ausgesetzt sind, sollen einen Schwerpunkt bilden.

Bildung in digitaler Gesellschaft, der Ausbau und die Förderung dessen dürfen nicht zum Einfallstor lobbyistischer Partikularinteressen werden. Bildung braucht Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Die Standards offener Bildung gewährleisten Barrierefreiheit, Transparenz und Mitbestimmung. Sie erfordern freie digitale Bildungsmaterialien und eine Kultur des gemeinschaftlichen Lernens, wie das die Enquete-Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“ bereits in der 17. Legislaturperiode empfohlen hat.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine dauerhafte, angemessene und nachhaltige finanzielle Förderung des Bundes für die digitale und barrierefreie Infrastruktur einer zeitgemäßen Bildung zu gewährleisten,
2. diese Förderung auf die Bereiche der Erwachsenen- und Weiterbildung im Sinne lebenslangen Lernens auszuweiten und sich gleichermaßen in der Kinder- und Jugendhilfe zu engagieren,
3. gemeinsam mit den Ländern und Kommunen ein Konzept zu erarbeiten, um eine nachhaltige und anbieterunabhängige Beschaffungspraxis zu etablieren, den Standards offener Bildung gerecht zu werden, z. B. durch die Nutzung von Open-Source-Angeboten, und sozialer Spaltung entgegenzutreten,
4. im Rahmen der Technikfolgenabschätzung und der Bildungsforschung einen kontinuierlichen Schwerpunkt zu setzen, der sich mit den Anforderungen, Chancen und Risiken von Mediatisierung und Digitalisierung der Bildungslandschaften auseinandersetzt,
5. alle Einflussmöglichkeiten zu nutzen, um eine flächendeckende und moderne Fort- und Weiterbildung für pädagogische Fachkräfte in allen Bereichen zu ermöglichen, um informatorische Bildung und Medienkompetenz zu entwickeln.

Berlin, den 14. Mai 2019

**Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**